

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Resonanzboden des § 16 Abs. 3 GmbHG	19
§ 1 Einleitung	19
I. Problemstellung	19
II. Themeneingrenzung und Gang der Darstellung	20
§ 2 Der gutgläubige Erwerb als Rechtsprinzip	21
I. Gutgläubiger Erwerb im Kontext ähnlicher Rechtsinstitute	22
1. Gutgläubiger Erwerb und Rechtsscheinlehre	22
2. Abgrenzung zu und Korrelation mit anderen Rechtsinstituten	24
a) Vermutung der Rechtsinhaberschaft	24
b) Heilung	25
c) Ersitzung	25
II. Tradiertes Tatbestandsmodell eines gutgläubigen Erwerbs	27
1. Nichtberechtigung	28
2. Erwerbsvorgang	28
3. Objektive Basis eines Erwerbervertrauens	30
a) Rechtsscheingrundlage in den Gutglaubensnormen	30
b) Entstehung des Rechtsscheins	32
c) Richtigkeitsgewähr des Rechtsscheinträgers	35
4. Anforderungen auf Erwerberseite	37
a) Begriff und Maßstab des guten Glaubens	37
b) Kausalität von Rechtsschein und Vertrauen	38
5. Stellung des Rechtsinhabers	40
a) Möglichkeit, den gutgläubigen Erwerb zu verhindern	40
b) Zurechnung des Rechtsverlustes zum Berechtigten	41
III. Fazit und Schlussfolgerung für die weitere Untersuchung	46
§ 3 Zuordnungsverwirrung der Anteilsinhaberschaft in der GmbH	47
I. Fehlerquellen der Anteilsinhaberschaft	48
1. Fehlgeschlagener originärer Anteilserwerb	48
2. Unwirksame Veränderungen an bestehenden Anteilen	52
3. Unwirksamer derivativer Erwerbsakt	54
II. Publizität der GmbH-Gesellschafter	55
1. Transparenz jenseits der Gesellschafterliste	55
2. Eintragung in die Gesellschafterliste vor dem MoMiG	57
III. Fazit	57

§ 4 Vertrauensentsprechung außerhalb § 16 Abs. 3 GmbHG	58
I. Schutz des guten Glaubens	58
1. Extensive Auslegung des § 405 BGB	59
2. Anteilsverlust ohne Beteiligung des Gesellschafters durch § 16 Abs. 1 GmbHG	60
II. Wirksamkeit des Erwerbs nach den Grundsätzen der fehlerhaften Gesellschaft	61
1. Auswirkung auf den Verkehr mit GmbH-Anteilen	61
2. Fehlerhafte GmbH-Geschäftsanteilsübertragung	63
3. Zwischenergebnis	66
III. Erwerb der Gesellschafterstellung durch Zeitablauf	66
1. Heilung	66
2. Ersitzung	67
3. Arglisteinwand und Verwirkung	67
IV. Kautelarjuristische Gestaltungsmöglichkeiten	69
V. Würdigung der Erwerberstellung außerhalb § 16 Abs. 3 GmbHG	70
§ 5 Alternative Lösungsmodelle als Maßstab einer Erforderlichkeit	70
I. Schutz des Erwerbers in ausgewählten europäischen Rechtsordnungen	71
1. Englische Private Limited Company	71
2. Österreich, Schweiz, Italien und Dänemark	73
II. Die Reformdiskussion in Deutschland	75
1. Eintrag in das Handelsregister	75
a) Die rechtspolitische Einkleidung	75
b) Die rechtliche Fragestellung	77
aa) Textlicher Befund	77
bb) Teleologische Reduktion unter Ausschluss des gutgläubigen Erwerbs	79
2. Weitere Alternativkonzepte	85
III. Fazit und Konsequenz für die weitere Untersuchung	87
 Zweiter Teil: Gutgläubiger Erwerb des Vollrechts	 88
§ 6 Objektive Basis des Erwerbervertrauens	88
I. Präzisierung des Vertrauenstatbestandes	88
1. Rolle der Gesellschafterliste im Gefüge des § 16 Abs. 3 GmbHG	88
2. Kombination aus physischer Manifestation des Rechtsscheins und Zeitablauf	91
3. Gutgläubiger Anteilserwerb als Spielart eines beweglichen Systems?	92

II. Inhaltliche Ausgestaltung der Gesellschafterliste	94
1. Eintragungsfähigkeit und Gutgläubensschutz	94
2. Doppelter Listeneintrag	96
III. Richtigkeitsgewähr des Rechtsscheinstatbestandes	97
1. Erwerbsakt	97
2. Entstehungsweise des Listenstandes	98
a) Notar und Geschäftsführer als Listenverantwortliche	98
b) Auswirkungen von Formverstößen und Kompetenzkonflikten	101
c) Abtretung des Geschäftsanteils im Ausland	102
aa) Ergebnis des bisherigen Meinungsstands	103
bb) Konsequenzen des § 16 Abs. 3 GmbHG	104
cc) Ausländischer Notar und Listenaktualisierung	106
d) Auffangkontrollinstanz Registergericht	108
3. Rechtswirkung der Gesellschafterliste	109
4. Haftungsandrohung	110
IV. Gefälschte Gesellschafterliste – Rechtsverlust durch den Schein eines Rechtsscheinstatbestandes?	112
1. Authentizitätskontrolle der Gesellschafterliste	112
2. Einreichung durch nicht in § 40 GmbHG benannte Personen	113
a) Behandlung scheinbarer Rechtsscheinlagen in anderen Gutgläubensnormen	113
b) Anteilsveräußerung auf Basis einer Fälschung	116
V. Wiederherstellung der Richtigkeit	119
1. Anspruch auf eine richtige Gesellschafterliste	119
2. Initiativrecht des Geschäftsführers zur Listenänderung	120
3. Widerspruch	121
a) Aktivlegitimation	122
aa) Mitgesellschafter	122
bb) Geschäftsführer und Notar	123
b) Listenwechsel und Widerspruch	125
c) Wirkung des Widerspruchs	126
aa) Personelle Beschränkung der Schutzrichtung	126
bb) Sachliche Schranke – Widerspruch und Vormerkungssubstitut	128
cc) Zeitliche Beschränkung	132
d) Ansprüche gegen den Widersprechenden	133
VI. Ergebnis und Auswirkungen für die weitere Normauslegung	134
§ 7 Die Nichtberechtigung als Eröffnung des Normanwendungsbereichs	134
I. Geschäftsanteil und Inhaberschaft	135
1. Rechtsobjekt und Verfügungsobjekt	135

2. Übertragung auf Geschäftsanteile	136
3. Berechtigungsmängel des Zedenten	140
II. Die Gesellschaft als Bezugspunkt der Beteiligung	140
1. Ausweis eines Geschäftsanteils ohne Gesellschaft	141
2. Vorgründungsgesellschaft	142
3. Vorgesellschaft	142
III. Der Geschäftsanteil als Rechtsobjekt	143
1. Definition der Nichtexistenz eines Geschäftsanteils	144
a) Identifizierungsmerkmale eines Geschäftsanteils	144
b) Divergenz der Anteilstückelung bei Kongruenz mit dem Stammkapital	145
c) Abweichung des Anteilsnennwerts jenseits reiner Stücke- lungsmängel	147
d) Ausscheiden eines Gesellschafters ohne Rechtsnachfolge in den Anteil	148
e) Anteil aus einer fehlerhaften Kapitalerhöhung	149
f) Zwischenergebnis	149
2. Auslegung und Umdeutung der dinglichen Einigung	150
a) Zedent ist Inhaber lediglich anders gestückelter Anteile	150
b) Abtretender hält einen anderen Anteil	153
c) Zedent ist nicht Inhaber anderer Anteile	153
d) Zwischenergebnis	154
3. Fehlerhafter Gesellschaftsbeitritt	154
4. Gutgläubiger Erwerb bisher nicht existenter Gegenstände	156
a) Nicht existentes Verfügungsobjekt	156
b) Nicht existentes Rechtsobjekt	157
aa) Sacherwerb trotz nicht (so) existierender Sache	158
bb) Sondereigentum an einer Wohnung	160
cc) Aktienurkunden ohne Mitgliedschaft oder mit falschem Nennbetrag	161
dd) Mitgliedschaft in der Personengesellschaft	164
ee) Sonst fehlende Erwerbsgegenstände	165
ff) Zwischenfazit	166
c) Rechtssystematische Problemstellung	167
aa) Rechtsnatur des gutgläubigen Erwerbs	167
bb) Berechtigter als Gegenpol des Nichtberechtigten	170
cc) Rechts- und Tatsachenschein	172
dd) Inhaltlich unzulässige Eintragungen	172
ee) Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	173
ff) Willensrichtung der Vertragsparteien	174
gg) Unklarheit über den Rechtsinhalt	174
hh) Zwischenergebnis	175

5. Gesetzesauslegung des § 16 Abs. 3 GmbHG	175
a) Wortlautgrenze	177
b) Teleologische Erwägungen	179
c) Genetische Auslegung	181
d) Bedenken aus der Systematik	184
e) Zusammenschau der Auslegungskriterien und Zwischenergebnis	185
6. Entwicklung einer Lösung zum Erwerb eines nicht existierenden Anteils	186
a) These vom Erwerb „nicht so bestehender Anteile“	186
b) Diskrepanz der Summe der Anteilennennwerte und der Stammkapitalziffer	192
aa) Rechtsschein	192
bb) Bedeutung der Kongruenz	194
c) Auflösung der Kollision von Kapitalziffer und Gutgläubenserwerb	196
(1) Automatische Herabsetzung des Nennbetrags aller Geschäftsanteile	196
(2) Stammkapitalerhöhung und Leistung von Einlagen auf den Geschäftsanteil	198
(3) Verpflichtung zur Auflösung der Divergenz	201
dd) Täuschung potenzieller Anteilserwerber	203
c) Rechtsposition der übrigen Gesellschafter	204
aa) Rechtsnachteile auf Seiten der Gesellschafter	205
bb) Ausgleichsansprüche der Gesellschafter	206
(1) Ansprüche gegen den Geschäftsführer	207
(2) Ansprüche gegen den Zedenten	207
d) Nichtberechtigter Zedent als Inhaber sonstiger, nicht eingetragener Anteile	208
e) Keine gezielte Kapitalerhöhung durch gutgläubigen Erwerb	210
f) Insbesondere: Anteile aus einer fehlerhaften Kapitalerhöhung	211
g) Wirtschaftliche Gesamtbetrachtung	213
7. Zusammenfassung	214
IV. Fehlen der Rechtsinhaberschaft trotz Existenz des Anteils	215
1. Auswirkungen des Streits um den trägerlosen Anteil	215
2. Mehrere Berechtigte	217
a) Erwerb des gesamten Anteils	217
b) Erwerb eines ideellen Anteils am Geschäftsanteil	217
c) Exkurs: Eintragungsmängel der GbR	219
V. Fehlen der Verfügungsbefugnis	221
1. Direkter Anwendungsbereich des § 16 Abs. 3 GmbHG	221
2. Erwerb des Anteils vom Insolvenzschuldner	222

3. Rechtsstellung eines Anwartschaftsberechtigten	223
a) Gutgläubensschutz des Zwischenerwerbers	223
b) Weiterzession des eingetragenen Zwischenerwerbers	229
4. Weitere Durchbrechungen von Verfügungsverboten	230
§ 8 Geschützter Erwerbsvorgang	231
I. Umgrenzung des Begriffs des Rechtsgeschäfts	231
1. Ausgangsbasis	231
2. Gesellschafterbeschluss	232
3. Anteilsneustückelung	233
II. Implikationen auf besondere Abtretungssituationen	234
1. Anteilsabtretung durch den Gesellschaftsvertrag	234
2. Vinkulierter Geschäftsanteil	235
a) Satzungsautonomie und gutgläubiger Erwerb	235
b) Verweigerung der Zustimmung aufgrund der Nichtberechtigung	236
III. Besonderheiten aufgrund der Person des Anteilserwerbers	237
1. Die GmbH als Anteilserwerberin	237
2. Mitgesellschafter	238
a) Vorliegen eines Verkehrsgeschäfts	239
b) Die Treuepflicht als Korrektiv	239
aa) Guter Glaube	239
bb) Keine Rückabtretungspflicht	240
c) Besonderheiten bei nicht existenten Anteilen?	240
IV. Ergebnis	241
§ 9 Subjektive Anforderungen auf Erwerberseite	242
I. Guter Glaube	242
1. Grobe Fahrlässigkeit und gutgläubiger Erwerb	242
2. Nachforschungsobliegenheit	243
3. Rolle des Anteilscheins	245
II. Zeitpunkt des guten Glaubens	246
III. Ergebnis	249
§ 10 Grund und Grenzen des Rechtsverlusts beim Rechtsinhaber	250
I. Möglichkeit zur Verhinderung des Gutgläubenserwerbs	250
II. Zurechnung des Rechtsverlustes und Bedeutung der Karenzfrist	250
1. Anknüpfung an die Unrichtigkeit	251
2. Frist und Fristberechnung	251
3. Entwicklung eines Zurechnungskonzepts aus § 16 Abs. 3 S. 2 GmbHG	253

a) Die Zurechnung im Zusammenspiel der Tatbestandsmerkmale	253
b) Zurechnungsgrund	254
aa) Zurechnung und Kausalität	255
bb) Veranlassungsprinzip und Rolle des Fristablaufs	256
cc) Individuelle Zurechnung und Risikoprinzip	259
dd) Durchgängige Maßgeblichkeit des Verschuldensprinzips	262
c) Sorgfaltsmaßstab	267
d) Zwischenfazit zum Zurechnungskonzept des § 16 Abs. 3 GmbHG	270
e) Fallgruppenbildung	270
aa) Vorsätzliches Belassen oder Beeinflussen des unrichtigen Listenstandes	271
bb) Unterlassene Mitteilungen	271
cc) Mangel eines Übertragungsgeschäfts	272
dd) Unterlassen einer Listenkontrolle	274
ee) Zurechnung des Geschäftsführerverhaltens	276
f) Insbesondere: Zurechnung und nicht existenter Anteil	276
III. Fristablauf im Nachgang des zunächst gescheiterten Erwerbsversuchs	278
1. Zeitlich gestreckte Anwendung des § 16 Abs. 3 GmbHG	278
2. Fristablauf und Ersitzung	281
IV. Ergebnis	283
§ 11 Ausschluss des gutgläubigen Erwerbs	284
I. Beweggründe gegen den gutgläubigen Erwerb	284
II. Beschränkung des Anteilerwerbs auf Verfügungen des Berechtigten	285
1. Satzungsmäßige Abdingbarkeit	285
2. Verhinderung des gutgläubigen Erwerbs	287
III. Verzicht des Erwerbers auf den Schutz des § 16 Abs. 3 GmbHG	288
1. Existenter Anteil	289
2. Nicht existenter Anteil	291
IV. Nachträgliche Beseitigung der Gesellschaftszugehörigkeit	291
1. Gestaltungsmöglichkeiten	292
2. Mehrheitserfordernis einer Satzungsänderung	293
 Dritter Teil: Rechtserwerb ohne Anteilswechsel	 294
 § 12 Rechte am Geschäftsanteil	 294
I. Ersterwerb eines Rechts am Anteil	294
II. Zweiterwerb eines beschränkt dinglichen Rechts am Anteil	295

III. Gutgläubig lastenfreier Erwerb	298
IV. Anteilsenerwerb im Vertrauen auf das Bestehen eines Pfandrechts	300
V. Sonstige Verfügungen eines Nichtberechtigten über Rechte am Anteil	300
§ 13 Rechte aus dem Geschäftsanteil	301
I. Wesen und Abtretbarkeit von Individualansprüchen aus dem Anteil	302
II. Analoge Anwendung des § 16 Abs. 3 GmbHG	303
1. Planwidrige Regelungslücke	303
2. Vergleichbarkeit	304
3. Kontrollüberlegungen	305
Vierter Teil: Wertungen aus § 16 Abs. 3 GmbHG	307
§ 14 Implikationen für das Rechtsinstitut Gutgläubenserwerb	307
I. Gutgläubenserwerb und Verfassungsrecht	307
II. Rechtsscheinträgerereignis privater Aufzeichnungen	308
III. Modellwirkung für weitere Erwerbsgegenstände	309
IV. Pauschale Verweise und austariertes Schutzsystem – Problematik der SPE	312
V. Fazit	313
Fünfter Teil: Zusammenfassung in Thesen	314
Literaturverzeichnis	323